

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4506

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelleile oder deren Raum 1,00 Mk. bei Plausvorchrift 2,00 Mk., Familiennachrichten die 7 gelbaltene Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelleile 7,50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Angst vor der Wahrheit.

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus München: Obwohl der vom Landtag einstimmig beschlossene Untersuchungsausschuss Donnerstag bis spät abends seine Tätigkeit mit der Vernehmung der Zeugen begonnen hatte und bis Freitag noch nicht zu einem Urteil gekommen ist, gab die Regierung gestern (Freitag) vormittag im Plenum des Landtages eine Erklärung ab. Sie trägt in keiner Weise zur Aufklärung über die behaupteten Tatsachen bei, sondern beschränkt sich darauf, die Ankläger und Zeugen zu verdächtigen und ihre Glaubwürdigkeit anzuzweifeln. Die Polizeibeamten hätten nur ihre Pflicht getan. In diese Erklärung mischten die Abgeordneten Timm (SPD.) und Garbis (USPD.) einige Worte, was dem Vorherrschen des Untersuchungsausschusses, dem Abgeordneten Held (Christliche Volkspartei) Veranlassung gab, seinen Austritt aus dem Untersuchungsausschuss zu erklären, weil dieser beschloss habe, daß von keiner Partei im Plenum vor Vollenbung der Aufgaben des Ausschusses gesprochen wird. Die Vertreter der Mittelpartei (Deutschnationale) schlossen sich dieser Erklärung an. Der Vorwärts bemerkt dazu: „Die Ausnützung eines vielleicht normalen Verstoßes gegen die parlamentarische Praxis kann nur als Vorwand betrachtet werden, über eine sehr unangenehme Sache schnell hinwegzukommen. Die Koalition und die rechtsliberalen Parteien, von denen auch die Behauptung ausgeht, sie seien bei dem Beschluß auf Bildung eines Untersuchungsausschusses überrollt worden, haben durch ihr Vorgehen die parlamentarische Untersuchungskommission in die Luft gesprengt. Damit ist jedoch das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen. Sowie es sich in München eine Organisation besteht, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Demagogen von den Waffenlagern aus der Welt zu schaffen, die bisher noch nicht aufgelärter Ermordung eines Dienstwärters, das ebenfalls in einem Auto verwickelt wurde, und das in einem Schloß bedient war, in dem sich ein Waffenlager befand, erhält nun auch politische Bedeutung.“

Eine mißgünstige Aktion der Neu-Kommunisten.

Berlin, 30. Oktober. Die 4. Zivilkammer des Landgerichts I, die über den Streit wegen der Parteikasse der USPD, auf Antrag des neukommunistischen Zentralkomitees zu entscheiden hatte, kam zu dem Beschluß, den Antrag der Neu-Kommunisten auf Erlass einer einstweiligen Verfügung nach der die rechtsunabhängigen Mitglieder des Zentralkomitees Dittmann und Frau Zieh sich jeder Verfügung über die auf ihren Namen bei verschiedenen Bankhäusern hinterlegten Gelder zu enthalten haben, abzulehnen. Inzwischen hat das neukommunistische Zentralkomitee beim Landgericht I den Antrag gestellt, sowohl Dittmann und Frau Zieh wie Erbsen das Betreten des Bureau der Parteileitung am Schiffbauerdamm zu verbieten.

Der tägliche kommunistische Aufruf.

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Rahne enthält heute morgen wieder einen mehr als zwei Spalten langen Aufruf, der von Sinowjew im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, von der Zentrale der KPD, und dem Zentralkomitee der USPD, wie die Note Rahne die neue Partei offenbar nennt, mit Däumling unterzeichnet ist. Das rätselhafte in diesen gesamten Aufrufen ist der Reford, den die Note Rahne mit dieser Uebersetzung von Rußland nach Deutschland und von Deutschland nach Rußland zurück in der Transportgeschwindigkeit schlägt. Sinowjew dürfte noch nicht in Moskau eingetroffen sein, und schon hat er im Auftrag der Kommunistischen Internationale einen neuen Aufruf an die Arbeiterklasse der ganzen Welt gerichtet. Der Aufruf beschäftigt sich mit der Spaltung der USPD, und wiederholt alle die Beschuldigungen, die wir zu wiederholten Malen gehört haben. Die Freiheit ist „ein ausgesprochen antibolschewistisches Organ“. Dittmann hält „Bogomredn“, die von der antibolschewistischen Liga mit Behagen abgedruckt werden. In dieser Tonart, für die kein denkender deutscher Arbeiter mehr Verständnis haben dürfte, geht es zweieinhalb Spalten lang.

Die Zeitungspapier-Ausfuhr.

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Fraktion der USPD hat im Reichstage eine Anfrage eingebracht ob der Reichsregierung bekannt ist, daß beabsichtigt ist, die gesamte Ausfuhr von Zeitungspapier in den Händen einer einzigen Firma, des Hamann-Konzerns, zu konzentrieren.

Die Sühne für Scapa Flow.

Paris, 29. Oktober. (II.) Die Wiedergutmachungskommission sagte gestern einen Beschluß, der Deutschland neue schwere Opfer auferlegt. Sie beschäftigte sich mit der am 10. Januar ds. J. unterzeichneten Protokoll, das die Entschädigung festsetzt, die Deutschland für die Zerstörung der Schiffe von Scapa Flow zu entrichten hat. Damals wurde beschlossen, daß Deutschland sofort 192 000 Tonnen Schiffsmaterial abzuliefern hat und daß innerhalb von 30 Monaten weitere Tonnage zur Ablieferung zu gelangen habe, deren Höhe die Wiedergutmachungskommission zu bestimmen habe. Diese reichte nun gestern einen Bericht ein, worin sie ausführt, daß nach den Untersuchungen, die in Deutschland angestellt wurden, um festzustellen, wieviel weitere Tonnage Deutschland abliefern könne, ehe daß seine wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit gefährdet würde, man beschlossen habe, von Deutsch-

land neuerdings 83 000 Tonnen zu verlangen. Diese Tonnage umfaßt schwimmende Docks, Kräne usw. Im ganzen wird also Deutschland für die in Scapa Flow zerstörten Schiffe 192 000 Tonnen plus 83 000 Tonnen, insgesamt 275 000 Tonnen Schiffsmaterial abzuliefern haben.

Die Einigung im englischen Bergarbeiterstreik.

Wiederaufnahme der Arbeit erst am 5. November.

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet: Die Einigung zwischen der englischen Regierung und den vier delegierten Führern der Bergarbeiter ist von Robert Horne im Unterhaus mitgeteilt worden. Sie ist mit großer Freude aufgenommen worden. Eine Reuterdepesche vom 28. Oktober meldet, daß die Wiederaufnahme der Arbeit etwa in einer Woche vom 29. Oktober ab gerechnet vor sich gehen wird. Es ist den Führern also nicht gelungen, diesen Zeitverlust, der für alle Teile kostspielig ist, zu vermeiden. Der Streik wird also 17 Tage gedauert haben. Es wird angenommen, daß die Abstimmung eine starke Mehrheit für die Verständigung herbeiführt.

London, 20. Oktober. Das mit den Bergarbeitern abgeschlossene Uebereinkommen weist folgende Hauptpunkte auf: Der Verband der Grubenbesitzer und der Bergleute verpflichten sich, Zusammenarbeit und alles zu tun, was die Kohlenförderung vermehren könnte. Zu diesem Zweck werden Bezirksausschüsse gebildet; eine Kommission wird den Entwurf für die Regelung der Löhne ausarbeiten, wobei auch die Reinigung in Betracht gezogen werden sollen. Der Entwurf wird der Regierung vor dem 31. März 1921 unterbreitet werden. Bis dahin werden die Löhne auf der Grundlage einer Erhöhung von nicht mehr als zwei Schilling ausgezahlt. Diese Abmachung tritt am 6. November in Kraft, wobei die nächsten fünf Wochen bis zum 18. Dezember in Betracht gezogen werden sollen. Die Erhöhung der Löhne wird von der Förderung für die Ausfuhr bestimmter Kohle abhängen, wobei damit gerechnet wird, daß die Förderung 219 Mill. Tonnen jährlich übersteigen wird. Die Abstimmung unter den Bergleuten wird wahrscheinlich am 2. November stattfinden. Die Arbeit in den Gruben wird voraussichtlich am 8. November wieder aufgenommen werden. Die Konferenz der Arbeiterpartei beglückwünschte vor ihrer Auflösung Hodges zu seinem Erfolge.

Münchener Justiz.

München, 30. Oktober. Der Redakteur der Neuen Zeitung, Fritz Ehrhart, ist vom Münchener Volksgericht wegen fortgesetzten Vergehens der Aufreizung zum Klassenhaß und der Aufforderung zum Hochverrat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die Anklage stütze sich auf verschiedene Artikel und Aufrufe.

Kommunistenprozeß in Wien.

Wien, 20. Oktober. (II. V.) Das Schwurgericht fällte das Urteil gegen mehrere Kommunisten, welche nach der Anklage im Juli 1919 verhaftet hatten, die Wiener Nordbahnbrücke in die Luft zu sprengen, außerdem einen Kircheneinbruch und eine Urkundenfälschung begangen hatten. Der Vertrauensmann der kommunistischen Partei, Lorenz, wurde zu sechs Jahren, Parteisekretär Pumpt zu zweieinhalb Jahren, der Münchener Spartakist Condula zu acht Monaten, die übrigen Angeklagten zu Kerkerstrafen von sechs Monaten bis zu vier Jahren verurteilt. Condula wurde des Landes verwiesen.

Stürmische Erwerbslosenversammlung in Altona

Hamburg, 28. Oktober. (II.) Die Erwerbslosen von Hamburg-Altona verlangten gestern in einer stürmisch verlaufenen Versammlung die Absetzung des Erwerbslosenrates. Der Vorstand wurde verjagt und ein neuer Vorstand aus den Versammlungsteilnehmern gewählt. In einer angenommenen Entschließung wurde eine ebenso heftige Unterstützung verlangt wie der Tageslohn eines Arbeiters beträgt.

Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Rumänien?

Kopenhagen, 29. Oktober. (II.) Nach Moskauer Berichten hat Rumänien bei der Sowjetregierung um unverzügliche Friedensverhandlungen nachgehakt. Rußland erklärt sich einverstanden und will Rumänien die während der deutschen Besetzung nach Rußland gebrachten 500 Millionen Goldlei zurückzahlen.

Offende belgischer Flottenstützpunkt?

Brüssel, 30. Oktober. (I. V.) Seit einiger Zeit ist die Rede davon, Offende in einen Kriegshafen belagert umzuwandeln. Wie nunmehr verlautet, werden für die nächste Zeit die belagerten Kriegsfahrzeuge, welche bisher in Antwerpen stationiert waren, nach Offende verlegt werden, das dadurch endgültig zum Range eines Flottenstützpunktes ernannt wird.

Der englisch-französische Konflikt in Osteuropa.

Walter Dehne, Berlin.

Osteuropa besichert der Westpolitik eine Ueberraschung nach der anderen. Wenn die westeuropäischen Politiker, vor allem die Engländer, sich ein wenig Mühe geben wollten, in die Probleme Osteuropas einzudringen, so würden wir vor solchen Ueberraschungen verschont bleiben.

Noch eben atmete Westeuropa auf; der Friede von Riga schien endlich dem Völkermorden im Osten ein Ende zu bereiten und die Gefundung der für die westeuropäische Ernährung so wichtigen Gebiete des Ostens schien bevorzustehen. Langsam und tastend noch knüpften sich die neuen Handelsbeziehungen, aber schon schossen die Projekte für Stedlungsunternehmen, industrielle Erdbunden, Handelsverträge auf; da kommt wie aus heilerem Himmel der Blitschlag: der neue polnisch-litauische Krieg.

Eigentlich ist es kein Krieg. Wer die Verhältnisse der Randstaaten einigermaßen kennt, weiß, daß die polnischen Truppen die Litauischen nach Belieben vor sich her treiben. Nicht nur, daß die Polen die erdrückende Uebermacht haben, sie haben auch einigermaßen ausgebildete und bewaffnete Truppen, während die litauische Regierung weder Zeit noch Geld gehabt hat, ihre Armee auszubilden und zu bewaffnen. Wenn es also auf die Entscheidung der Waffen ankommt, so ist der Ausgang nicht zweifelhaft. Die Polen werden Rowno besetzen, wie sie Wilna besetzt haben, sie werden weiter nach Norden vordringen, werden die litauische Regierung völlig aus ihrem ehemaligen Staatsgebiet vertreiben, und nach dem längstbekannten Plan, Litauen als mehr oder minder autonomen Staat dem polnischen Reich einverleiben. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß sie bei diesen Operationen an der lettischen Grenze haltmachen sollten. Wie sie für Grodno-Rowno und die Memelzufahrt den Hafen Memel brauchen, so bedürfen sie für Wilna des Hafens Liban und schließlich für den Wasserweg auf der Dina auch den estnischen Hafen Riga. Der Friedensvertrag von Versailles ist das beste Instrument für politische und rechtliche Begründung solcher Forderungen. Durch die Verträge mit Rußland und Litauen sind die Polen zunächst an die Memel und an die Dina gebunden. Sie können deshalb nach dem Friedensvertrag die Internationalisierung der Memel und Dina, und vor allem die Schaffung freier Hafenkäde Memel, Liban, Riga nach dem Danziger Vorbilde unter polnischer Oberhoheit fordern. Und sie werden es tun, wenn nicht aus eigenem, so aus französischem Interesse, durch das ihre Maßnahmen diktiert sind. Hier liegt die Komplizierung des Problems: Die Ostfragen sind eben keine Ostfragen, sondern sind westeuropäische Probleme. Die Völker des Ostens kämpfen den Entscheidungslampf für die Westmächte aus. Es hieße die Augen verschließen, wenn man übersehen wollte, daß zwischen England und Frankreich ein stiller, aber um so erbitterter Kampf um die Vormacht im Osten entbrennt. Die Engländer haben ursprünglich versucht, diese Vormachtstellung nach der deutschen Methode auszuüben, indem sie Rußland in möglichst viele kleine Staaten zerstückelten, die finanziell und wirtschaftlich nicht existenzfähig sind und deshalb leicht von England beherrscht werden könnten. Frankreich hat, wie sich jetzt zeigt, mit eiserner Konsequenz einen anderen Weg eingeschlagen. Es hat Polen stark gemacht, um ihm die Vormachtstellung im Osten zu sichern und so mit polnischer Hilfe die Vorherrschaft im Osten ausüben zu können. Die englische Politik hat wohl vor einiger Zeit erkannt, daß das Nachahmen der deutschen Methode nicht gerade erfolgversprechend ist und hat beim Beginn der russischen Offensive gegen Polen den Versuch einer Umorientierung unternommen und auf die russischen Karten gesetzt. Aber schon auf der Konferenz in San Remo mochten die englischen Politiker erkennen, daß auch diese Hoffnung wenigstens im Augenblick trügerisch war und daß die Franzosen entschlossen waren, den Polen zum Siege über die rote Armee zu verhelfen. Damals erlitt England die erste Niederlage in dem englisch-französischen Konflikt, als es die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch Frankreich hinnehmen mußte. Durch diese Fehlschläge ist die englische Politik im Osten nun ohne eigentliche Basis. Man klammert sich an die Existenz der Randstaaten Litauen, Lettland und Estland und hat doch längst erkannt, daß man sie nicht wird halten können. Da das bolschewistische Rußland zur Zeit seine schwerste Krise seit seinem Bestehen durchmacht, so ist es nicht in der Lage, selbst wenn England wollte und könnte, die Vorherrschaft über die Randstaaten zu übernehmen.

Die politische Lage Polens und deshalb Frankreichs Position im Osten ist deshalb zur Zeit die denkbar dünnste. Nur so ist es erklärlich, daß die Polen sich um keinen Völkerbundbeschluss, um keine Waffenstillstandsverträge, Abkommen und Zusicherungen kümmern und ohne nach rechts und links zu sehen, Stadt auf Stadt besetzen. In wenig Wochen wird ganz Litauen in ihren Händen sein, sie werden eine litauische Scheinregierung einrichten,